

Schwellenwerte im deutschen Kündigungsschutzrecht Ein Beschäftigungshindernis für kleine Unternehmen?

Derik Burgert

FFB Diskussionspapier Nr. 51

Oktober 2005

Schwellenwerte im deutschen Kündigungsschutzrecht – Ein Beschäftigungshindernis für kleine Unternehmen?

Derik Burgert*

FFB-Diskussionspapier Nr. 51

Oktober 2005

ISSN 0942-2592

* Dipl. Vw. Derik Burgert, Universität Lüneburg, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB), Professur 'Statistik und Freie Berufe', Forschungszentrum für Unternehmertum, Freie Berufe und Ökonomie kleiner und mittlerer Unternehmen (CREPS) – Struktur und Dynamik, Campus Scharnhorststr. 1, 21335 Lüneburg, Tel: 04131/78-2051, Fax: 04131/78-2059, e-mail: burgert@uni-lueneburg.de; <http://ffb.uni-lueneburg.de>.

Mein Dank gilt Lutz Bellmann und Holger Alda vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für die Bereitstellung der Daten des IAB-Betriebs- Panels und ihre unermüdliche Hilfe bei der Handhabung der Daten, sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der IZA summer school 2004 und des CREPS Workshops an der Universität Lüneburg für anregende Diskussionen.

Schwellenwerte im deutschen Kündigungsschutzrecht – Ein Beschäftigungshindernis für kleine Unternehmen?

Derik Burgert¹

FFB-Diskussionspapier Nr. 51, 2005, ISSN 0924-2595

Abstract

One of the proposals most frequently raised to increase flexibility of the German labour market is the liberalization of the job protection law. It applies only to those firms employing a more than a cut-off number of employees. Thus, firms just above the cut-off face considerably higher adjustment costs in times of lower demand for labour than their competitors with a firm size lower than this number. An argument produced in the discussion is that this step in legal regulation hinders small firms from growing beyond this cut-off number.

The basis for estimating the treatment effect of employment protection is a change in the cut-off number in the year 1996. By that time the cut-off number was raised to ten employees relieving small firms between five and ten full-time workers from coverage by the law. The evaluation approach is a Regression Discontinuity Design using the change in legislation as a natural experiment. The local treatment effect can then be estimated non-parametrically. The method used is a local linear regression. The data base used is the 1997 wave of the IAB establishment panel containing some 8 000 firm level observations. The paper is one of the few using micro data to evaluate effects of job protections measures. To my knowledge it is the first one to exploit the policy change named above and controlling for self-selection into the treatment job protection.

JEL: J23, K31, M51

Keywords: *employment protection, threshold effects, RDD, local linear regression, Germany*

Zusammenfassung

Eines der am häufigsten genannten Vorschläge in der Diskussion um die Deregulierung des Arbeitsmarktes ist die Lockerung des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG). Für kleine Unternehmen stellt, so die Hypothese, der Schwellenwert im Kündigungsschutzgesetz ein Einstellungshindernis dar, da sie durch die Einstellung eines weiteren Mitarbeiters und das Überspringen des Wertes in den Geltungsbereich des Gesetzes fielen. Die vorliegende Arbeit unterzieht diese These einer empirischen Überprüfung.

Grundlage der Schätzung von Treatment-Effekten stellen Gesetzesänderungen der Jahre 1996 und 1998 dar. Damals wurde der Schwellenwert zunächst von fünf auf zehn Mitarbeiter erhöht, um zwei Jahre später wieder gesenkt zu werden. Der Schätzansatz ist ein Regression Discontinuity Design. Lokale Treatment-Effekte können dann nicht-parametrisch geschätzt werden. Die Datenbasis bildet das IAB-Betriebspanel mit seinen Wellen 1996 bis 2003. Für die erste Lockerung des KSchG im Jahr 1996 sind keine signifikanten Unterschiede zwischen Kontroll- und Treatmentgruppe zu beobachten. Der erwartete, beschäftigungshemmende Effekt des Schwellenwertes konnte damit nicht nachgewiesen werden. Das Ergebnis bestätigt frühere Arbeiten, die ebenfalls keine starken empirischen Belege für den vermuteten Effekt gefunden haben.

JEL: J23, K31, M51

Schlagwörter: *Kündigungsschutz, Schwellenwerte-Effektes, RDD, lokale lineare Regression, Deutschland*

¹ Dipl.-Vw. Derik Burgert, Universität Lüneburg, Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB), Professur ,Statistik und Freie Berufe', 21335 Lüneburg, Germany, E-Mail: burgert@uni-lueneburg.de; <http://ffb.uni-lueneburg.de>

Schwellenwerte im deutschen Kündigungsschutzrecht – Ein Beschäftigungshindernis für kleine Unternehmen?

Derik Burgert

1 Einführung

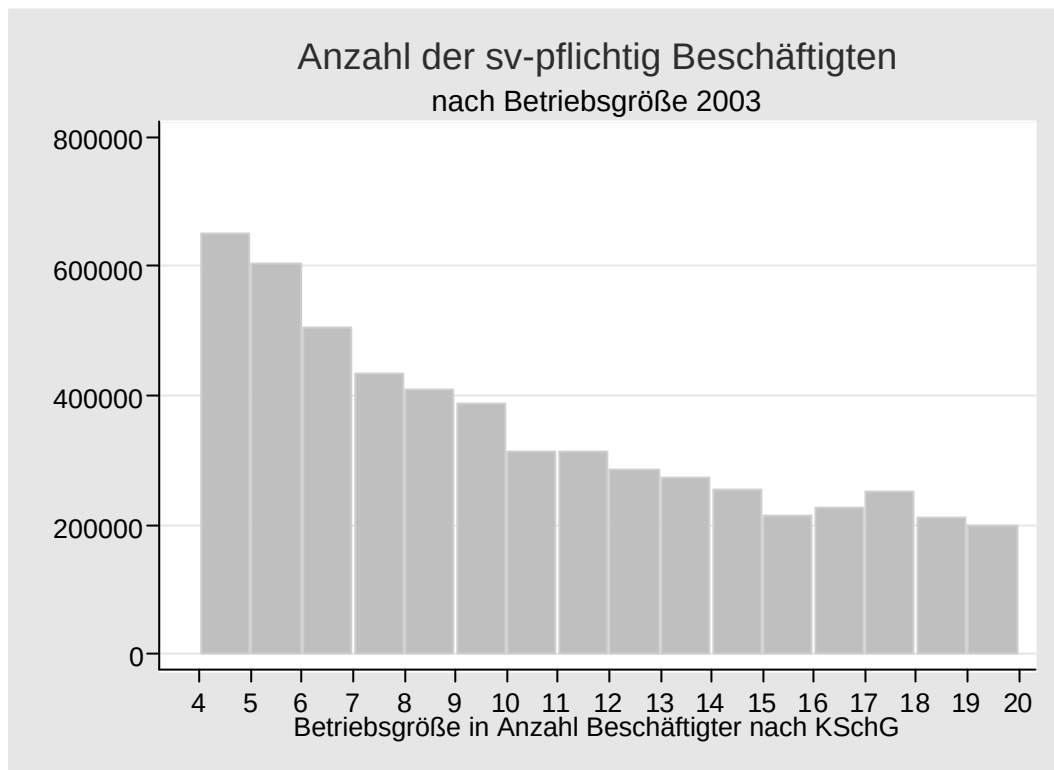
Die Deregulierung des Arbeitsmarktes steht seit einigen Jahren weit oben auf der politischen Agenda in Deutschland. In Zeiten anhaltender Massenarbeitslosigkeit werden Strukturreformen insbesondere des Arbeits- und Tarifrechtes eingefordert, in der Hoffnung, dass Unternehmen vermehrt Einstellungen vornehmen. Einer der am häufigsten in diesem Zusammenhang vorgebrachten Vorschläge ist die Lockerung des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG). In Folge dieser Diskussion wurde eine Reihe von Änderungen des KSchG vorgenommen, die letzte erst im Januar 2004. Trotzdem wird eine weitere Liberalisierung heftig diskutiert. In auffälligem Missverhältnis zum Stellenwert, der dem Thema in der öffentlichen Diskussion eingeräumt wird, haben sich die Wirtschaftswissenschaften, insbesondere ihre empirisch ausgerichteten Zweige, der Thematik nur sehr zögerlich angenommen. Diese Arbeit reiht sich ein in eine Liste neuester Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen von Kündigungsschutzregeln auf das Einstellungsverhalten von Unternehmen.

Wie in vielen anderen europäischen Ländern sind auch in Deutschland nicht alle Unternehmen in gleicher Weise reguliert. Überschreitet ein Betrieb die im Gesetz festgelegte Anzahl von Mitarbeitern, fällt er in den Geltungsbereich des KSchG. Er sieht sich dann – in Zeiten schwindender Nachfrage – deutlich höheren Anpassungskosten gegenüber als ein kleineres Unternehmen, für das das KSchG nicht gilt. Zwei Argumente werden in der öffentlichen Debatte ins Feld geführt, die für eine weitere Lockerung der geltenden Regelungen sprechen: Zum einen erhöhen die Kosten einer zukünftigen Entlassung die relativen Kosten des Faktors Arbeit. Werden diese verringert, erhöht sich c.p. die gleichgewichtige Beschäftigung. Ein zweites Argument lautet: Schwellenwerte wie sie das gegenwärtige Recht vorsieht, hindern kleine Unternehmen an der Einstellung weiterer Mitarbeiter und damit am Wachstum, weil mit dem Überschreiten der Schwellenwerte das Kündigungsschutzrecht unmittelbar für alle Mitarbeiter Anwendung findet. Die Grenzkosten der Einstellung dieses Mitarbeiters sind damit deutlich höher als für andere Beschäftigte.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es zu überprüfen, ob diese zweite Hypothese einer empirischen Untersuchung standhält und damit die Einsschränkung der Rechte von einer Vielzahl von Beschäftigten rechtfertigt.

Ein kurzer Blick auf eine rein deskriptive Auswertung macht deutlich, welche weitreichende Bedeutung der Änderung des Kündigungsschutzgesetzes zukommt: Als im Januar 2004 der Schwellenwert des Geltungsbereiches von fünf auf zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erhöht wurde, verloren die rd. 2,4 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den nun von der Regulierung befreiten rd. 330 000 Betriebe den arbeitsrechtlichen Schutz ihres Beschäftigungsverhältnisses (vgl. Abb. 1).

Abb.1: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Betriebsgröße im Juni 2003



Quelle: IAB-Betriebspanel 2003, eigene Berechnungen

Zur Überprüfung der Hypothese wird ein Regression Discontinuity Design (RDD)-Ansatz herangezogen, in dem die Änderungen der rechtlichen Regelungen als natürliche Experimente verwendet werden. Das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg (IAB) bietet mit seinen mehreren Tausend Beobachtungen die Datengrundlage für die Untersuchung.

Die bisherigen Forschungsarbeiten zu dem Thema sind rar. Insbesondere zur Wirkung von Schwellenwerten und ihren oft formulierten beschäftigungshemmenden Effekten sind bislang nur wenige Arbeiten vorgelegt worden. Weder die Studie von Wagner *et al.* (2001) noch die von Boockmann und Hagen (2001), Verick (2004) oder Bauer *et al.* (2004) finden statistisch signifikante Anzeichen für die oben aufgestellte Hypothese. Im Gegensatz zu den genannten Arbeiten kommt die hier verwendete Methode völlig ohne restriktive Annahmen der funktionalen Form und ohne Probleme der Modellspezifikation aus.

Die Arbeit ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 2 beschreibt die Wirkungsweise des deutschen KSchG und gibt einen Überblick über die theoretische Diskussion und empirische Studien zum Thema. Im darauf folgenden Abschnitt sollen die verwendeten Daten im Detail vorgestellt werden. Kapitel 4 erläutert das RDD als Evaluationsmethode und seine Anwendbarkeit für die Aufgabenstellung. Im abschließenden Kapitel 5 werden die Ergebnisse präsentiert und daraus abzuleitende Politikempfehlungen formuliert.

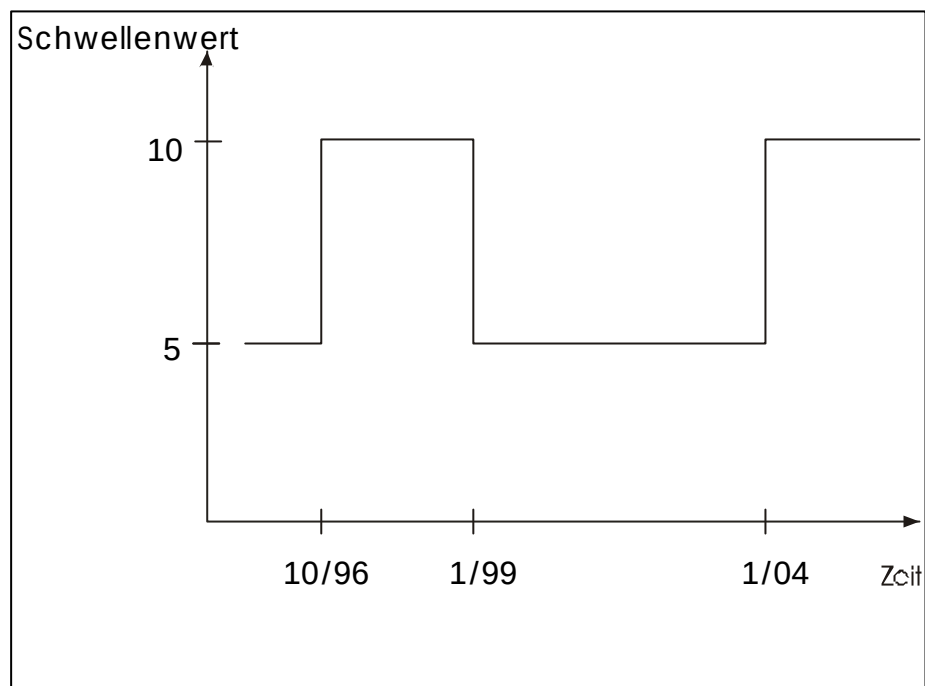
2 Kündigungsschutz in Deutschland - das Programm-Design

Der Ablauf einer Entlassung ist in Deutschland hochgradig reguliert. Neben einer allgemeinen Gesetzgebung, die im Bürgerlichen Gesetzbuch festgehalten ist und die technische Einzelheiten des Vorganges regelt, gibt es ein spezielles Kündigungsschutzgesetz. Diese Regelung – ursprünglich eingeführt, um Arbeitnehmer vor willkürlicher Kündigung zu schützen – sieht vor, dass das kündigende Unternehmen Gründe für eine Entlassung geltend machen muss. Dabei sind betriebsbedingte, personenbedingte oder verhaltensbedingte Gründe anzuführen.

Die übergroße Mehrzahl der in Deutschland ausgesprochenen Kündigungen wird mit betriebsbedingten Gründen gerechtfertigt. In diesen Fällen muss der Arbeitgeber eine weitere Regelung des KSchG befolgen, die so genannte Sozialauswahl: Ältere und behinderte Arbeitnehmer, sowie solche mit Familie, sollen als letzte vom Stellenabbau betroffen sein.

Diese Regelungen erhöhen nicht nur die Anpassungskosten für Unternehmen. Sie machen die zukünftig anfallenden Kosten auch nahezu unberechenbar für den Arbeitgeber. Jahn und Schnabel (2003) ermitteln für 2001, dass rund 27 % aller Kündigungen, die vom Arbeitgeber ausgehen, vor Gericht verhandelt werden. Gleichzeitig fallen rund 75 bis 80 % der Entscheidungen zugunsten des Angestellten aus. In diesem Fall kann eine Kombination aus fortgesetzter Lohnzahlung bis zur gerichtlichen Entscheidung und einer Abfindungszahlung, um den Angestellten nicht wieder einstellen zu müssen, sich leicht zu einem Jahreslohn aufsummieren. Zudem ist anzunehmen, dass viele Fälle gar nicht vor Gericht landen, sondern gegen Zahlung einer Abfindung eine Auflösung des Vertrages vorgenommen wird.

Allerdings gilt das KSchG nicht für alle Unternehmen: Kleinbetriebe, die weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftigen, sind von dem Gesetz ausgenommen. Der Gesetzgeber hat diesen Geltungsbereich in den vergangenen Jahren mehrmals geändert. Im Mai 1996 beschloss die konservative Koalition, den Schwellenwert von damals fünf auf zehn Mitarbeiter zu erhöhen. Am 16. September 1996 passierte der Gesetzentwurf den Bundestag. Am 1. Oktober 1996 trat die Änderung in Kraft. Das Ziel dieses „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ war es, in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit kleinen Unternehmen ein Hindernis beim Stellenaufbau aus dem Weg zu räumen. Nach der darauf folgenden Bundestagswahl nahm die neue Regierung diese Änderungen umgehend wieder zurück, sodass ab 1. Januar 1999 der alte Schwellenwert von fünf Mitarbeitern wieder gültig wurde und Kleinbetriebe zwischen fünf und zehn Mitarbeitern wieder von der Regelung betroffen waren. Auch diese Ausgestaltung des Gesetzes hatte nicht lange Bestand und wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2004 wieder in ihrer alten Gestalt mit einem Grenzwert von zehn Mitarbeitern eingeführt. Abb. 1 zeigt den zeitlichen Ablauf der Gesetzesänderungen auf.

Abb. 1: Zeitliche Entwicklung des Schwellenwertes im KSchG

Quelle: Eigene Erstellung

Die Zahl der Beschäftigten, wie das Gesetz sie definiert, entspricht allerdings nicht der Zahl der Personen, die in einem Betrieb arbeiten. Zum einen schließt sie weder Auszubildende, noch mithelfende Familienangehörige, noch den Arbeitgeber mit ein. Zum anderen zählen Teilzeitbeschäftigte nur im Ausmaß ihrer Beschäftigung: Angestellte mit bis zu 20 regulären Wochenarbeitsstunden gehen mit dem Wert 0,5 in die Berechnung der Betriebsgröße ein. Entsprechend werden Beschäftigte mit bis zu 10 (bzw. 30) Stunden wöchentlicher Normalarbeitszeit in der Woche als 0,25 (bzw. 0,75) gezählt. Befristet Beschäftigte gelten nur dann als Teil des Betriebes, wenn sie mindestens sechs Monate im Jahr dort arbeiten. Die Anzahl der Beschäftigten, die über die Anwendung des KSchG entscheidet, kann sich demnach deutlich von der Anzahl der Angestellten in einem Betrieb unterscheiden. Ein Betrieb ist dabei vom Gesetz als produktionstechnische, nicht als juristische Einheit definiert.

Anzufügen bleibt, dass nach der Kohl'schen Reform 1996 für die Beschäftigten der Betriebe zwischen fünf und zehn Beschäftigten eine Übergangsfrist von drei Jahren galt. In dieser Zeit blieben nur Neueingestellte dieser Betriebe ohne den vom Gesetz festgelegten Kündigungsschutz. Trotzdem ist zu erwarten, dass Unternehmen, die sich nach den Reformen des Gesetzes in den Jahren 1996 und 1998 kurz vor dem Schwellenwert wieder fanden, einen starken Anreiz hatten, auf weitere Einstellungen zu verzichten, um nicht in den Geltungsbereich des Gesetzes hineinzuwachsen.

Aus theoretischer Sicht bestehen keine Zweifel: Die Einstellung eines sechsten (bzw. elften) Mitarbeiter ist mit deutlich erhöhten Kosten in Form von erwarteten Abfindungs- und Lohnfortzahlungen verbunden. Unternehmen an der Schwelle werden diese Kosten in ihre Investitionsentscheidungen einfließen lassen und sich davon abhalten lassen, zusätzliches Personal einzustellen. Sobald die Schwelle von zehn Beschäftigten überschritten ist, gelten nämlich für alle im Betrieb Beschäftigten die Schutzrechte des KSchG. Zudem kann die Entscheidung nicht kurzfristig durch Entlassung von Mitarbeitern rückgängig gemacht werden. Je nachdem, ob der zu Kündigende rechtliche Schritte gegen die Entscheidung einlegt und wie groß die Arbeitsbelastung der Gerichte

ist, kann der Versuch, wieder unter die Schwelle des KSchG zu schrumpfen, leicht ein Jahr und länger dauern. Unter der Annahme, dass Betriebe über der Schwelle ihre Beschäftigung aufgrund des Schwellenwertes bei positiven Geschäftserwartungen nicht reduzieren, kann man deshalb davon ausgehen, dass Kleinbetriebe unter der Schwelle deutlich geringeres Wachstum in der Beschäftigtenzahl aufweisen als diejenigen, die bereits über der Schwelle liegen.

Das einzige mir bekannte theoretische Modell, das Schwellenwerte im Kündigungsschutzrecht einbezieht, ist die Arbeit von Garibaldi *et al.* (2003). Sie bestätigen in einem einfachen Modell die beschriebene Vermutung, dass es für einige kleine Betriebe sinnvoll ist, den Schwellenwert nicht zu überspringen, um sich so in Zeiten geringerer Nachfrage niedrigere Anpassungskosten der Arbeitsnachfrage zu sichern. Für diese Betriebe bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, sich dem KSchG zu entziehen. Erhöhter Einsatz von Überstunden, kapitalintensivere Produktion oder eine Umstellung in den betrieblichen Make-or-Buy-Entscheidungen können als Substitute zur Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter dienen.

Empirische Studien über Kündigungsschutzregelungen im Allgemeinen kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Während die meisten solchen Gesetzen einen beschäftigungshemmenden Effekt attestieren, kann eine Minderheit keine oder insignifikante Ergebnisse vorweisen (vgl. Addison und Teixeira 2003, S. 57ff). Die Mehrheit dieser Arbeiten basieren auf internationalen Vergleichen, für die ein Kündigungsschutzindex berechnet wird. Die berühmtesten Beispiele für diese Arbeiten stellen die Studien von Lazear (1990) und der OECD (1999) dar. Allerdings schränken geringe Fallzahlen und die Problematik der Indexerstellung diese Art der Untersuchung ein.

Nur wenige Studien stützen sich auf Mikrodaten, die individuelle Betriebsinformationen enthalten. Für Italien können Garibaldi *et al.* (2003) Hinweise dafür liefern, dass eine ähnliche Schwelle bei 15 Beschäftigten bremsenden Einfluss auf das Einstellungsverhalten von Betrieben ausübt. Für Deutschland präsentieren Friedrich und Hägele (1997) deskriptive Ergebnisse. Sie vergleichen den Anteil von Unternehmen, die Beschäftigung aufbauen, unter dem Schwellenwert mit denen darüber. Die beiden Autoren können die aufgestellte These eines geringeren Anteils für die kleineren Betriebe nicht untermauern. Wagner *et al.* (2001b) verwenden in ihrer Studie ökonometrische Methoden ebenfalls auf Basis des IAB-Betriebspanels. Auch sie können den vermuteten Schwellenwerteffekt nicht nachweisen. Beide Arbeiten verzichten allerdings darauf, die Tatsache, ob ein Unternehmen unter das Gesetz fällt, als endogene Entscheidung zu modellieren und setzen ihre Ergebnisse somit der Gefahr der Verzerrung durch Selbstselektion aus. Ein etwas abweichendes Ziel verfolgen Brookmann und Hagen (2001): Sie untersuchen Bestimmungsgründe für die Einstellung von Mitarbeitern in befristeten Verträgen. Dabei vergleichen sie den Einfluss der Betriebsgröße auf eine binäre Outcome-Variable, die darüber Auskunft gibt, ob ein Betrieb auf das Instrument befristeter Arbeitsverträge zurückgreift. In einer Regression auf diese Dummyvariable finden sie, dass eine Betriebsgrößen-Dummyvariable für sechs bis zehn Beschäftigte nach der 1996er Gesetzesänderung signifikant geringer ist als vor der Novellierung und interpretieren dies als das Ergebnis dieser Maßnahme. Um die Auswirkungen von Schwellenwerten im deutschen Kündigungsschutzrecht zu untersuchen, verwendet Verick (2004) einen Diff-in-Diff-Schätzer mit all seinen Problemen der Modellspezifizierung und der funktionalen Form. Er findet nur schwache Indizien für den erwarteten Effekt und verweist auf die Möglichkeit unvollständiger Information seitens der betrieblichen Entscheidungsträger über die Details des KSchG, insbesondere die Berechnung der Zahl der Beschäftigten. Abhängige Variablen der

Untersuchung von Bauer *et al.* (2004) sind Einstellungen und Entlassungen von Betrieben. Auch Ihnen gelingt es trotz eines großen Datensatzes nicht, signifikante Einflüsse des KSchG in ihrer Schätzung nachzuweisen.

Das Ziel dieser Arbeit besteht darin, einen möglichen beschäftigungshemmenden Effekt der Schwellenwerte zu bestimmen, ohne dabei funktionale Annahmen des Zusammenhanges zwischen Betriebsgröße und Beschäftigungswachstum zu unterstellen. Unternehmen, für die die Schwelle ein solches Hemmnis darstellen könnte, also solche mit einer Beschäftigtenzahl knapp unterhalb des gesetzlich festgelegten Wertes, werden im Folgenden als Kontrollgruppe aufgefasst. Ihr Gegenstück bilden Unternehmen mit knapp mehr als fünf bzw. zehn Mitarbeitern. Sie bilden im weiteren Verlauf der Untersuchung die Treatment-Gruppe.

3 Das IAB-Betriebspanel

Wagner *et al.* (2001b) weisen darauf hin, dass in Deutschland einzig das Betriebspanel des IAB für die Zwecke einer solchen Studie geeignet ist. Um das Verhalten der Betriebe über einen Zeitraum nach der Gesetzesänderung hinweg zu verfolgen, sind Längsschnittdaten notwendig. Da sich die Analyse auf Betriebe nahe des Schwellenwertes von zehn Beschäftigten beschränken wird, muss der Datensatz entsprechend groß sein. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Beobachtungseinheit. Wie auch das KSchG definiert das IAB-Panel Betriebe als produktionstechnische und nicht als juristische Einheiten. Zudem wird nicht nur Information über die Anzahl der Beschäftigten benötigt, sondern auch Angaben über mithelfende Familienangehörige, Auszubildende und Teilzeitbeschäftigte.

Das IAB-Panel erfüllt als einziges für Deutschland diese Kriterien. Der Beobachtungsumfang ist von rund 4000 Betrieben in der ersten Welle 1993 auf fast 16 000 Fälle in der aktuell zugänglichen Welle 2003 angewachsen. Die verwendeten Beobachtungen beschränken sich auf diejenigen Betriebe, die mindestens in einem Jahr eine positive Geschäftsentwicklung erwarteten, nie aber eine negative. Die Stichprobe verringert sich damit auf 1883 Betriebe für die Schätzungen bis 1997, bis 2003 verringert sich der Datensatz weiter auf 697 Fälle. Die Grundgesamtheit bilden Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ein-Personen-Betriebe und öffentliche Betriebe, die ausschließlich Beamte beschäftigen, sind von der Befragung ausgeschlossen. Die einzelnen Panelwellen enthalten aufgeschlüsselte Informationen über die Anzahl der Beschäftigten jeweils zum Stichpunkt 30. Juni des betreffenden Jahres.

Problematisch ist die Erhebung von Teilzeitarbeit im IAB-Panel für die Ansprüche dieser Arbeit. Die Angaben im Panel über Anteile der Belegschaft, die wöchentlich bis zu 15 oder 24 Stunden oder Vollzeit arbeiten, entspricht nicht genau der Unterscheidung, die das Gesetz bezüglich des Ausmaßes von Teilzeitarbeit vorsieht. Auf Basis der vorliegenden Daten mussten daher Ad-hoc-Annahmen angestellt werden, um das Ausmaß der Teilzeitarbeit und damit der Beschäftigtenanzahl nach der KSchG-Definition in den einzelnen Betrieben zu berechnen. Man muss daher mit möglichen Fehlzuordnungen von Betrieben mit Teilzeitbeschäftigung in die Treatment- und Kontrollgruppe rechnen.

Zeitlich befristete Arbeit ist für die Belange dieser Studie nur unzureichend erfasst. Informationen, wie sie eine richtige Anrechnung nach der KSchG-Regelung verlangen würde, sind im Datensatz leider nicht enthalten. Dies ist problematisch, da

ausschließlich Betriebe, die aufgrund ihrer geringen Beschäftigtenzahl der Kontrollgruppe zugeschlagen werden müssten, in die Treatmentgruppe geraten. Dies mag die erwarteten Effekte verringern.

Ein weiteres Problem stellt die Möglichkeit nichtzufälliger Panelmortalität dar. Sollte sie korreliert mit dem Treatmentstatus sein, ergäben sich Verzerrungen in den Ergebnissen der nachfolgenden empirischen Auswertung.

Trotz der angeführten Defizite erfüllen die verwendeten Daten die wesentlichen Auswahlbedingungen. Darüber hinaus enthält das IAB-Panel eine Vielzahl von Hintergrundvariablen über Charakteristika und Verhalten der Betriebe. Es ließe sich hervorragend für die Analyse möglicher Substitute zum Beschäftigungsaufbau verwenden.

4 Das Regression Discontinuity Design

Ein für diese Fragestellung angemessener Evaluationsansatz ist ein RDD-Ansatz in seiner scharfen Form.² Er findet dann Anwendung, wenn die Programmteilnahme (hier: den Schwellenwert überschritten haben) deterministisch von einer Selektionsvariablen z_i abhängt: Sobald diese einen Schwellenwert z_0 übersteigt, nimmt die Indikatorvariable x_i den Wert 1 an, sonst 0:

$$(1) \quad x_i = \begin{cases} 0 & \text{wenn } z_i < z_0 \\ 1 & \text{wenn } z_i \geq z_0 \end{cases}$$

Die beobachtete Outcomevariable y_i kann dann beschrieben werden als

$$(2) \quad y_i = y_{0i} + x_i(z_i) \beta_i$$

mit y_{0i} als Outcomevariable im möglicherweise hypothetischen Fall, dass Betrieb i der Kontrollgruppe angehört. β_i steht für den Treatmenteffekt, der in diesem Fall darin besteht, nicht vor der Schwelle des KSchG zu stehen und damit nicht im Beschäftigungswachstum gebremst zu sein.

Der Vorteil gegenüber anderen Regressionsmethoden besteht darin, dass weder Annahmen über die Modellspezifikation und der Wahl von Kontrollvariablen noch über die parametrische Form getroffen werden müssen. Nach Hahn *et al.* (2001, S. 16) liegt dies daran, dass die Effekte aller nicht berücksichtigten Variablen im Schwellenwert stetig sind und daher in y_{0i} eingehen. Solange dies der Fall ist, hebt sich ihr Effekt in der Differenz zwischen Kontroll- und Treatmentgruppe auf.

Battistin und Rettore (2003) heben hervor, dass die scharfe Form des RDD zwei erhebliche Nachteile aufweist: Erstens ist die Anwendbarkeit der Methode beschränkt auf solche Fälle, in denen die Auswahl von Treatment- und Kontrollgruppe ausschließlich von prädeterminierten Variablen abhängt. Dies ist der Fall für das deutsche Kündigungsschutzrecht: Für einen gegebenen Wert von z (Anzahl der Beschäftigten im Betrieb nach Definition des KSchG) ist die Zuordnung zu einer der Gruppen eindeutig. Verwendet man die Beschäftigtenzahlen vor der Änderung des

² Obwohl mit den verfügbaren Daten auch ein Matching-Ansatz denkbar wäre, verbietet das Common-Support-Problem eine solche Art der Schätzung, vgl. Lechner (2001). Neuere Anwendungen von RDD-Schätzungen sind Hahn *et al.* (1999), Carling und Larsson (2002) oder Buddelmeyer und Skoufias (2003).

Schwellenwertes von fünf auf zehn Mitarbeiter, kann die Kovariable z als prädestiniert angesehen werden.

Battistin und Rettore fahren mit einem zweiten Nachteil der Methode fort: Die Schätzung der Programmeffekte im RDD erlaubt nur die Identifizierung von lokalen Effekten der Intervention am Schwellenwert. Daher muss man sich bei der Interpretation der Ergebnisse der Tatsache bewusst sein, dass Effekte nur für diese Subgruppe der Betriebe ermittelt werden können. Andererseits entspricht die so gewonnene Aussage der untersuchten Fragestellung, die die Kleinbetriebe und ihre Beschäftigungsdynamik im Blickpunkt hat.

Beide erwähnten Nachteile stellen daher die Anwendbarkeit der Methode für den Gegenstand dieser Untersuchung nicht in Frage.

4.1 Identifikation von Treatment-Effekten

Welche Annahmen müssen getroffen werden, um Treatment-Effekte zu messen? Hahn *et al.* (2001) zeigen, dass Treatment-Effekte unter schwachen Annahmen identifiziert und nicht-parametrisch geschätzt werden können.

Neben dem RDD-Ansatz, der verlangt, dass die Indexvariable x eine diskontinuierliche Funktion von z sein muss, reicht die Annahme aus, dass die Outcomevariable y_{0i} stetig in z am Punkt z_0 ist. Interpretiert man den Ausdruck $E(y_{0i}|z_i=z)$ als Funktion von z , ist zur Identifikation von Treatment-Effekten nur Stetigkeit an der Stelle z_0 notwendig. Das bedeutet, dass Betriebe nahe dem Schwellenwert – angenommen sie unterlägen nicht dem KSchG – ein ähnliches Einstellungsverhalten aufweisen, unabhängig davon, ob sie über oder unter dem Schwellenwert liegen. Die zentrale identifizierende Annahme scheint plausibel, da der Schwellenwert z_0 für die Betriebe zufällig gewählt wurde. Die untersuchte Gesetzesänderung stellt mit seiner Festsetzung eines willkürlichen neuen Schwellenwertes ein natürliches Experiment dar. Daraus ergibt sich eine komfortable Situation für die Kontrolle der Selbstselektion der Betriebe in das Treatment. Die identifizierende Annahme sieht vor, dass ein solches Verhalten der Betriebe zum Zeitpunkt des Festlegens von Treatment- und Kontrollgruppe noch nicht eingesetzt hat. Zudem kann man Probleme mit Drop-outs aus dem Treatment ausschließen. Kein Betrieb, der den Schwellenwert von zehn Beschäftigten überschreitet, kann sich der Gefahr entziehen, nach der Kündigung eines Mitarbeiters mit hohen Forderungen konfrontiert zu werden. Weder Eintritt noch Ausgang aus dem Treatment sind von den Beobachtungseinheiten beeinflussbar.

Dennoch müssen einige einschränkende Bemerkungen angefügt werden: Bei der Schätzung von Treatment-Effekten für Großprogramme wie das Kündigungsschutzrecht treten Probleme mit der Stable Unit Value Assumption auf. Diese sieht vor, dass die untersuchte Maßnahme keinen Einfluss auf das Verhalten der Beobachtungen in der Kontrollgruppe ausübt. Für die vorliegende Untersuchung könnte diese Annahme verletzt sein. Mögliche negative Effekte auf die Arbeitsnachfrage der kleineren Betriebe könnte Unternehmen oberhalb des Schwellenwertes die Suche nach Mitarbeitern erleichtern.

Zudem könnte neben dem Wachstum an Beschäftigten in Kleinbetrieben auch das der über fünf bzw. zehn Beschäftigten von den Schwellenwerten beeinflusst sein. Es wird angenommen, dass Betriebe, die sich einer verstärkten Nachfrage ausgesetzt sehen, sich im Einstellungsverhalten nicht von den Schwellenwerten leiten lassen. Die verwendete Stichprobe beschränkt sich daher auf solche Betriebe, die für mindestens ein Jahr positive Geschäftserwartungen angaben.

Auch kann eine Quelle möglicher Selbstselektion für die Untersuchung der zweiten Änderung des KSchG nicht ausgeschlossen werden. So könnte die Rücknahme der Gesetzesänderung durch die Regierung Schröder im Jahr 1998 von betrieblichen Entscheidungsträgern schon vor dem Erhebungszeitpunkt im Juni antizipiert worden sein. Die Wiederausweitung des Gesetzes war nämlich ein zentrales Wahlversprechen der damaligen Opposition.

Die deutsche Arbeits- und Sozialgesetzgebung sieht zudem neben den Schwellenwerten des Kündigungsschutzrechtes weitere betriebsgrößenabhängige Geltungsbereiche von Gesetzen vor. Im Januar 2001 hatten Mitarbeiter von Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten das Recht, einen Betriebsrat zu wählen. Betriebe ab dieser Größe mussten getrennte Toiletten für Männer und Frauen bereitstellen. Weitere Regelungen treten in Kraft, sobald die Schwellen von zehn und zwanzig Mitarbeitern überschritten werden (vgl. Wagner *et al.* (2001b)). Dies kann zu einer gewissen Selbstselektion an der Schwelle geführt haben.

Der RDD-Schätzer kann als Spezialfall einer der „Selection on observables“ betrachtet werden, da aus dem Selektionsmechanismus und der oben getroffenen Annahme folgt, dass

$$(3) \quad (y_1, y_0) \perp x \mid z = z_0.$$

Hahn *et al.* (2001) zeigen, wie sich die Effekte schätzen lassen. Unabhängig davon, ob man einheitliche Effekte für alle Betriebe unterstellt oder ob man unterschiedliche Effekte für die einzelnen Unternehmen zulässt. Im ersten Fall identischer Effekte gilt: $\beta_i = \beta$ für alle i . Der local average treatment effect (LATE) des Umstandes, den Schwellenwert überschritten zu haben, β an der Stelle z_0 kann dann identifiziert werden mit

$$(4) \quad \beta = y^+ - y^-$$

mit $y^+ \equiv \lim_{z \rightarrow z_0^+} E[y_i | z_i = z]$ und $y^- \equiv \lim_{z \rightarrow z_0^-} E[y_i | z_i = z]$ als Grenzwerten der erwarteten Outcome-Variablen, wenn man sich der Schwelle von oben bzw. von unten nähert.

Im Falle heterogener Effekte für die Betriebe lässt sich ein nach Hahn *et al.* (2001) erwarteter Treatment-Effekt als

$$(5) \quad E(\beta_i | z_i = z_0) = y^+ - y^-$$

identifizieren. Dazu muss neben den Annahmen, die für die Identifikation von einheitlichen Effekten notwendig war, auch eine lokale Stetigkeitsannahme bezüglich der erwarteten Effekte eingeführt werden: Am Schwellenwert $z = z_0$ muss

$E(\beta_i | z_i = z)$ eine stetige Funktion von z sein. Wieder spricht der quasi-experimentelle

Charakter der untersuchten Situation für diese Annahme. Darüber hinaus muss eine bedingte Unabhängigkeit der Treatment-Variable x_i und des lokalen individuellen Treatment-Effektes β_i an der Stelle z_0 getroffen werden: Für Unternehmen nahe am Schwellenwert von zehn Beschäftigten sollen Umfang des Treatment-Effektes und Treatmentstatus unabhängig voneinander sein. Wieder garantiert die zufällige Einordnung der Unternehmen in Treatment- und Kontrollgruppe, dass die Annahme gerechtfertigt erscheint. Man kann davon ausgehen, dass eine Selbstselektion der Unternehmen in eine der Gruppen je nach der erwarteten Beeinträchtigung durch die Maßnahme nur in geringem Maße möglich war.

In beiden Fällen, dem fixer und variabler Effekte, kann der LATE identifiziert werden unter Zuhilfenahme einer Reihe begründbarer Annahmen.

4.2 Schätzung der Treatment-Effekte

In beiden Fällen, bei Annahme einheitlicher Effekte und bei Zulassen individueller Effekte, kann der LATE im scharfen Fall des RDD konsistent geschätzt werden als

$$(6) \quad \hat{\beta} = \hat{y}^+ - \hat{y}^-$$

wobei $\hat{y}^+$ and $\hat{y}^-$ konsistente Schätzer der Grenzwerte y^+ und y^- darstellen. Zur Schätzung der beiden Erwartungswerte sind verschiedene Vorgehensweisen vorgeschlagen worden. Da einfache, einseitige Kerndichteschätzer unerwünschte statistische Eigenschaften an den Randstellen des Trägers aufweisen, empfehlen Hahn *et al.* (2001) und Porter (2003), lokale parametrische Restriktionen in der angenommenen Beziehung zwischen Outcomevariable y und Selektionsvariable z zu unterstellen. Wie auch Fan und Gijbels (1996, S. 60ff.) hervorheben, lässt sich das Boundary-Problem mit Hilfe von lokal linearen Regressionsschätzungen (LLR) umgehen. Daher schlagen Hahn *et al.* (1999 und 2001) eine lokale lineare Regression vor: y^+ soll dabei geschätzt werden als $\hat{a}$ aus

$$(8) \quad (\hat{a}, \hat{b}) = \underset{a, b}{\operatorname{argmin}} \sum_i (y_i - a - b(z_i - z_0))^2 K\left(\frac{z_i - z_0}{h}\right) 1(z_i > z_0)$$

mit K als Kerndichtefunktion, der Bandbreite h und $1(\cdot)$ als Indexfunktion. Die asymptotischen Eigenschaften des Schätzers $\hat{\beta}_{LLR}$ sind abgeleitet von Hahn *et al.* (1999, S. 11ff).

Allgemein wird der Wahl der Kerndichtefunktion eine geringe Bedeutung für die Schätzeigenschaften eingeräumt. Hier kam die Voreinstellung eines Epanechnikov Kerndichteschätzers zum Einsatz. Um nicht mit anderen Schwellenwerten im Arbeitsrecht in die Quere zu kommen und so die Schätzung um die Einflüsse ihrer Wirkung zu verfälschen wurden Bandbreiten zwischen 1 und 5 für die Schätzung der Werte $\hat{y}^+$ und $\hat{y}^-$ gewählt.

5 Empirische Ergebnisse

Für die Schätzung der Treatment-Effekte wurde der vor kurzem in Stata 8.2 installierte Befehl für lokale polynomiale Regressionen verwendet. Die Varianzschätzungen sind per Bootstrap mit 200 Ziehungen aus den Originaldaten geschätzt worden.

Die Tabelle 1 stellt die geschätzten Treatment-Effekte auf das Beschäftigungswachstum nach der ersten Gesetzesänderung dar. Im ersten Teil sind die Auswirkungen auf das Wachstum von Juni 1996 bis Juni 1997, im zweiten Teil die bis zum Juni 1998 zu sehen.

Es ergibt sich kein Hinweis darauf, dass der 1996 neu eingeführte Schwellenwert von zehn Beschäftigten Auswirkungen auf das Einstellungsverhalten der kleinen Betriebe

hat. Obwohl alle LATE-Ergebnisse für das erste Jahr das erwartete positive Vorzeichen aufweisen, kann für keines Signifikanz festgestellt werden. Dies gilt unabhängig von der Wahl der Bandbreite. Schätzungen von erwartetem Beschäftigungswachstum für Betriebe sind dabei abgetragen über die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Sprung an der Stelle von fünf Mitarbeitern stellt die Schätzung des lokalen Treatment-Effektes dar.

Diese Ergebnisse bestätigen den Befund aus den Studien von Friedrich und Hägele (1997), Wagner *et al.* (2001b), Verick (2004) und Bauer *et al.* (2004). Keine findet eine empirische Bestätigung der Thesen, die sowohl in der ökonomischen Theorie als auch in der öffentlichen Debatte vorgebracht werden.

Tab.1: LATE Schätzungen des Beschäftigungswachstums; Outcome-Variable: Beschäftigungswachstum (KSChG) von 6/96 bis 6/97 und von 6/96 bis 6/98 (geschätzte Std. abw. in Klammern)

	Beschäftigungswachstum nach KSChG zwischen 6/96 und 6/97				Beschäftigungswachstum nach KSChG zwischen 6/96 und 6/98			
Bandbreite	$\hat{y}^-$	$\hat{y}^+$	LATE	n	$\hat{y}^-$	$\hat{y}^+$	LATE	n
1	1.063	1.067	.004 (1.548)	42	2.074	2.675	.601 (2.832)	35
2	.944	.611	-.333 (1.393)	85	1.775	1.753	-.022 (1.957)	71
3	.966	1.132	.166 (1.060)	132	1.113	.663	-.450 (1.406)	114
4	.927	1.356	.429 (.993)	165	1.195	.363	-.832 (1.297)	151
5	.885	1.391	.506 (.953)	204	1.323	.503	-.820 (1.230)	192

Quelle: IAB-Betriebspanel, eigene Berechnungen, *** 1% , ** 5%, * 10% Signifikanzniveau

Einschränkend muss allerdings erwähnt werden, dass der Schwellenwert erst im Herbst 1999 seine Wirkung voll hätte entfalten können, wenn die Übergangsphase für die Bestandmitarbeiter ausgelaufen wäre. Dennoch besteht Anlass zur Vermutung, dass ein Anpassungsprozess an die nach 1996 neue Gesetzeslage schon im Beobachtungszeitraum hätte begingen müssen, da die Entlassung von Beschäftigten ein langwieriger Prozess sein kann. Zudem hatte der Schwellenwert auch vor Auslaufen der Übergangsphase ökonomische Bedeutung für all die Betriebe, die in der Zwischenzeit Einstellungen vorgenommen hatten.

Die Tabellen 2 und 3 stellen die geschätzten Treatment-Effekte für das Wachstum zwischen Juni 1998 und den Monaten Juni 1999 bis 2003 bei dem dann geltenden Schwellenwert von zehn Beschäftigten.

Im Großen und Ganzen bleiben die Ergebnisse auch nach der zweiten Gesetzesänderung insignifikant. Für das Wachstum bis 2002 und 2003 konnten wieder unabhängig von der gewählten Bandbreite keine Hinweise darauf gefunden werden, dass Kleinbetriebe sich in ihren Einstellungen zurückhielten aufgrund des Schwellenwertes. Für die Jahre 1999 und 2001 dagegen finden sich Ausnahmen bei LLR-Schätzungen mit kleinen

Bandbreiten. Bei einer Bandbreite von 1 lässt sich für die Zeitspanne zwischen Mitte 1998 und Mitte 1999 ein signifikant höherer Wert für die Treatmentgruppe mit ihren Betrieben über dem Schwellenwert beobachten als für die Kontrollgruppe. Im Gegensatz dazu ergeben die Schätzungen mit den Bandbreiten 1 und 2 für die Zeitspanne bis Juni 2001 einen sogar einen schwach signifikant negativen Parameter.

Tab.2: LATE Schätzungen des Beschäftigungswachstums; Outcome-Variable: Beschäftigungswachstum (KSchG) von 6/98 bis 6/99 und von 6/98 bis 6/01 (geschätzte Std. abw. in Klammern)

	Beschäftigungswachstum nach KSchG zwischen 6/98 und 6/99				Beschäftigungswachstum nach KSchG zwischen 6/98 und 6/01			
Bandbreite	$\hat{y}^-$	$\hat{y}^+$	LATE	n	$\hat{y}^-$	$\hat{y}^+$	LATE	n
1	.632	1.80	1.169* (.605)	58	1.361	.052	-1.309* (.773)	58
2	.710	.775	.0654 (.552)	143	1.282	-.056	-1.34** (.679)	123
3	.721	.715	-.006 (.437)	232	1.211	.389	-.821 (.596)	192
4	.719	.619	-.100 (.364)	322	1.195	.610	-.584 (.612)	273
5	.718	.541	-.178 (.352)	422	1.361	.0522	-1.309 (.773)	356

Quelle: IAB-Betriebspanel, eigene Berechnungen, *** 1%, ** 5%, * 10% Signifikanzniveau

Tab.3: LATE Schätzungen des Beschäftigungswachstums; Outcome-Variable: Beschäftigungswachstum (KSchG) von 6/98 bis 6/02 und von 6/98 bis 6/03 (geschätzte Std. abw. in Klammern)

	Beschäftigungswachstum nach KSchG zwischen 6/98 und 6/02				Beschäftigungswachstum nach KSchG zwischen 6/98 und 6/03			
Bandbreite	$\hat{y}^-$	$\hat{y}^+$	LATE	n	$\hat{y}^-$	$\hat{y}^+$	LATE	N
1	1.105	1.650	.545 (1.196)	40	1.757	2.916	1.160 (2.042)	32
2	1.121	1.048	-.0730 (1.072)	85	1.895	.937	-.958 (1.578)	63
3	1.101	2.404	1.303 (.915)	131	1.805	.632	-1.174 (1.380)	98
4	1.093	2.395	1.302 (.843)	187	-.0776	.306	.383 (.837)	137
5	1.090	1.613	.523 (.863)	252	-.0975	.0111	.109 (.620)	177

Quelle: IAB-Betriebspanel, eigene Berechnungen, *** 1% , ** 5%, * 10% Signifikanzniveau

Dies deutet auf ein sogar geringeres Beschäftigtenwachstum der Betriebe hin, die bereits vor der Gesetzesänderung mehr als zehn Angestellte im Sinne des KSchG aufwiesen. Diese Teilergebnisse widersprechen allen theoretischen Überlegungen. Ein Verweis auf die unter n angegebenen Fallzahlen, auf die für die Schätzung zurückgegriffen werden konnte, lässt es allerdings zweifelhaft erscheinen, ob die Ergebnisse generalisiert werden können. Aufgrund des geringen Stichprobenumfanges mögen Signifikanzaussagen auch von Ausreißern bestimmt sein.

In der Gesamtansicht erweisen sich die Ergebnisse als weitgehend robust gegenüber der Wahl der Bandbreite und des Untersuchungszeitraumes. Die Hypothese, dass Beschäftigungsaufbau in Kleinbetrieben von Schwellenwerten des Kündigungsschutzgesetzes behindert wird, ließ sich nicht bestätigen.

Dennoch sollten die folgenden drei Hinweise in Auge behalten werden: Erstens kann das Kündigungsschutzgesetz indirekt auf die Kontroll- und Treatmentgruppe einwirken. Dadurch dass sich Betriebe unterhalb der Schwelle möglicherweise mit Einstellungen zurückhalten, könnten sich Betriebe über der Schwelle in eine günstigere Lage für Einstellungen versetzt sehen. In diesem Fall beschreibt die Kontrollgruppe nicht den kontrafaktischen Fall einer Welt, in der die Schwelle gar nicht existiert. Da vom Schwellenwert nur eine geringe Anzahl von Betriebe betroffen sind und aufgrund anderer Formen der Regulierung des deutschen Arbeitsmarktes kann ein solcher Einwand allerdings als wenig schwerwiegend behandelt werden.

Ein weiterer Punkt sind die direkten Folgen des Schwellenwertes: Betriebe, die zum Zeitpunkt der Gesetzesänderung schon in den Geltungsbereich des Gesetzes gewachsen sind, können bestrebt sein, ihrerseits auch um den Preis einer teuren Entlassung und trotz der positiven Nachfrageentwicklung unter den Schwellenwert zu schrumpfen und damit ebenfalls von der Maßnahme in ihrem Einstellungsverhalten beeinflusst sein.

Zuletzt sollte das Ergebnis der Studie von Verick (2004) einfließen, nach der Entscheidungsträger nur unzureichend über die gesetzlichen Details und die Berechnung der kritischen Zahl von Mitarbeitern informiert sind. In diesem Fall könnten sich Betriebe kurz vor dem Schwellenwert nicht in der erwarteten Art und Weise verhalten, da sie sich bereits als große Betriebe im Sinne des KSchG wähen. Um die Möglichkeit unvollständiger Information zu berücksichtigen, könnte mit einem geeigneten Datensatz, der auch Informationen über die Selbsteinschätzung des Betriebs und seiner Entscheidungsträger enthält, ein fuzzy RD Design verwendet werden. Dann könnten mehrere Diskontinuitäten in der Beziehung zwischen Betriebsgröße und vermeintlicher Zugehörigkeit zur vom KSchG Betroffener als Quelle der Identifikation verwendet werden.

Resümee

Es bleibt eine politische Entscheidung, ob das deutsche Kündigungsschutzrecht weiter dereguliert werden soll. Verbunden wird damit die Hoffnung, dass Kleinbetriebe vermehrt Einstellungen vornehmen und so das Problem hoher Arbeitslosigkeit gemildert werden kann. Das Ergebnis dieser Arbeit veranlasst nicht zu solchen optimistischen Erwartungen. Trotz der genannten Einschränkungen legen die Ergebnisse den Schluss nahe, dass mit einer weiteren Lockerung allein keine bedeutenden Beschäftigungszuwächse in Kleinbetrieben zu erwarten sind. Die in der Losung „Lieber Arbeit ohne Kündigungsschutz als arbeitslos mit Kündigungsschutz“

suggestierte Wahl zwischen neuer Beschäftigungsdynamik und bestehenden Rechten von Arbeitnehmern scheint so nicht zu bestehen.

Literatur

- Addison, J.T. und J. Teixeira (2003), The Economics of Employment Protection, in: Journal of Labor Research, 24, 85-128.
- Battistin, E. und E. Rettore (2003), Another Look at the Regression Discontinuity Design, cenmap Working Paper 01/03.
- Bauer, T.; Bender S. und H. Bonin (2004), Dismissal Protection and Worker Flows in Small Establishments, IZA Discussion Paper No.1105.
- Boockmann, B. und T. Hagen (2001), The Use of Flexible Working Contracts in Germany: Evidence from the Establishment Panel, ZEW Working Paper 01-33.
- Buddelmeyer, H. und E. Skoufias (2003), An Evaluation of the Performance of Regression Discontinuity Design on PROGRESA, IZA Discussion Paper No.827.
- Carling, K. und L. Larsson (2002), Does early intervention help the unemployed youth?, IFAU Working Paper 2002:10, Uppsala.
- Fan, J. und I. Gijbels (1996), Local Polynomial Modeling and Its Applications, London.
- Friedrich, W und H. Hägele (1997), Ökonomische Konsequenzen vom Schwellenwerten im Arbeits- und Sozialrecht sowie die Auswirkungen dieser Regelungen, Studien der ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, 20, Köln.
- Garibaldi, P.; Pacelli L. und A. Borgarello (2003), Employment Protection Legislation and the Size of Firms, IZA Discussion Paper No. 787.
- Hahn, J.; Todd, P. und W. Van der Klaauw (1999), Evaluating the Effect of an Antidiscrimination Law Using a Regression Discontinuity Design, NBER Working Paper 7131.
- Hahn, J.; Todd, P. und W. Van der Klaauw (2001), Identification and Estimation of Treatment Effects with a Regression Discontinuity Design, in: Econometrica, 69 (1), 201-209.
- Heckman, J.; Lalonde, R. und J. Smith (1999), The Economics and Econometrics of Active Labor Market Programs, in: Ashenfelter A. und D. Card (Hrg.): Handbook of Labor Economics, Vol. 3, Amsterdam, 1865-2089.
- Jahn, E. und C. Schnabel (2003), Bestandsschutz durch Abfindungen: Höhere Rechtssicherheit und Effizienz, in: Wirtschaftsdienst, 4, 219-223.
- Lazear, E. (1990), Job Security Provisions and Employment, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 105, 699-726.
- Lechner, M. (2001), A note on the common support problem in applied evaluation studies, Discussion Paper 2001-01, Department of Economics, University of St.Gallen.
- OECD (1999), Employment Outlook 1999, Paris.
- Porter, J. (2003), Estimation in the Regression Discontinuity Model, unpublished manuscript.
- Verick, S. (2004), Threshold Effects of Dismissal Protection Legislation in Germany, IZA Discussion Paper No. 991.
- Wagner, J.; Schnabel C. und A. Kölling (2001a), Threshold Values in German Labor Law and Job Dynamics in Small Firms: The Case of the Disability Law, in: IFO Studien, 47, 65 -75.
- Wagner, J.; Schnabel C. und A. Kölling (2001b), Wirken Schwellenwerte im deutschen Arbeitsrecht als Bremse für die Arbeitsplatzbeschaffung in Kleinbetrieben?; in: Ehrig D. und P. Kalmbach (eds.): Weniger Arbeitslose – aber wie?, Marburg, 177-198.

Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB), Universität Lüneburg

Publikationen

1 FFB-Jahresberichte

FFB-Jahresbericht 2003/04, FFB-Jahresbericht 2001/02, FFB-Jahresbericht 1999/00, FFB-Jahresbericht 1997/98, FFB-Jahresbericht 1996, FFB-Jahresbericht 1995, FFB-Jahresbericht 1994, FFB-Jahresbericht 1993, FFB-Jahresbericht 1992, FFB-Jahresbericht 1991, FFB: 10 Jahre Forschung und Lehre 1989-1999, FFB-Forschung und Lehre 1989-1998, FFB-Forschung und Lehre 1989-1997, FFB-Forschung und Lehre 1989-1996.

2 FFB-Bücher in der FFB-Schriftenreihe

Ehling, M. und J. Merz, 2002, Neue Technologien in der Umfrageforschung, FFB-Schriften Nr. 14, 181 Seiten, ISBN 3-7890-8241-4, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 31,-*

Merz, J., 2002, Freie Berufe im Wandel der Märkte, FFB-Schriften Nr. 13, 168 Seiten, ISBN 3-7890-8107-8, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 29,-*

Merz, J., 2001, Existenzgründung 2 – Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen, FFB-Schriften Nr. 12, 232 Seiten, ISBN 3-7890-7462-4, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
Preis: € 40,- / € 71,- (i. Vb. mit Band 1)

Merz, J., 2001, Existenzgründung 1 – Tips, Training und Erfahrung, FFB-Schriften Nr. 11, 246 Seiten, ISBN 3-7890-7461-6, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 40,- / € 71,- (i. Vb. mit Band 2)*

Merz, J. und M. Ehling, 1999, Time Use – Research, Data and Policy, FFB-Schriften Nr. 10, 571 Seiten, ISBN 3-7890-6244-8, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 49,-*

Herrmann, H. und J. Backhaus, 1998, Staatlich gebundene Freiberufe im Wandel, FFB-Schriften Nr. 9, 234 Seiten, ISBN 3-7890-5319-8, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 34,-*

Herrmann, H., 1996, Recht der Kammern und Verbände Freier Berufe, Europäischer Ländervergleich und USA, FFB-Schriften Nr. 8, 596 Seiten, ISBN 3-7890-4545-4, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 56,-*

Merz, J., Rauberger, T. K. und A. Rönnau, 1994, Freie Berufe in Rheinland-Pfalz und in der Bundesrepublik Deutschland – Struktur, Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung, FFB-Schriften Nr. 7, 948 Seiten, ISBN 3-927816-27-2, Lüneburg. *Preis: € 95,-*

Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB) (Hrsg.), erstellt vom Zentrum zur Dokumentation für Naturheilverfahren e.V. (ZDN), 1992, 1993, Dokumentation der besonderen Therapierichtungen und natürlichen Heilweisen in Europa, Bd. I, 1. Halbband, 842 Seiten, Bd. I, 2. Halbband, 399 Seiten, Bd. II, 590 Seiten, Bd. III, 272 Seiten, Bd. IV, 419 Seiten, Bd. V, 1. Halbband, 706 Seiten, Bd. V, 2. Halbband, 620 Seiten, ISBN 3-88699-025-7, Lüneburg (nur zu beziehen über das Zentrum zur Dokumentation für Naturheilverfahren e.V. ZDN, Hufelandstraße 56, 45147 Essen, Tel.: 0201-74551). *Preis: € 385,-*

Sahner, H. und A. Rönnau, 1991, Freie Heilberufe und Gesundheitsberufe in Deutschland, FFB-Schriften Nr. 6, 653 Seiten, ISBN 3-927816-11-6, Lüneburg. *Preis: € 58,-*

Burmester, B., 1991, Ausbildungsvergleich von Sprachtherapeuten, FFB-Schriften Nr. 5, 54 Seiten, ISBN 3-927816-10-8, Lüneburg. *Preis: € 9,-*

Sahner, H., 1991, Freie Berufe in der DDR und in den neuen Bundesländern, FFB-Schriften Nr. 4, 177 Seiten, ISBN 3-927816-09-4, Lüneburg. *Preis: € 25,-*

Trautwein, H.-M., Donner, H., Semler, V. und J. Richter, 1991, Zur tariflichen Berücksichtigung der Ausbildung, der Bereitstellung von Spitzenlastreserven und der Absicherung von Beschäftigungsrisiken bei Seelotsen, mit dem Anhang Steuerliche Aspekte des tariflichen Normaleinkommens der Seelotsen, FFB-Schriften Nr. 3, 183 Seiten, ISBN 3-927816-07-8, Lüneburg. *Preis: € 19,-*

Sahner, H. und F. Thiemann, 1990, Zukunft der Naturheilmittel in Europa in Gefahr? FFB-Schriften Nr. 2, 81 Seiten, ISBN 3-927816-06-X, Lüneburg. *Preis: € 6,-*

Sahner, H., Herrmann, H., Rönna, A. und H.-M. Trautwein, 1989, Zur Lage der Freien Berufe 1989, Teil III, FFB-Schriften Nr. 1, 167 Seiten, ISBN 3-927816-04-3, Lüneburg. *Preis: € 25,-*

Sahner, H., Herrmann, H., Rönna, A. und H.-M. Trautwein, 1989, Zur Lage der Freien Berufe 1989, Teil II, FFB-Schriften Nr. 1, 955 Seiten, ISBN 3-927816-02-7, Lüneburg.

Preis: € 20,- / € 35,- (i. Vb. mit Teil I)

Sahner, H., Herrmann, H., Rönna, A. und H.-M. Trautwein, 1989, Zur Lage der Freien Berufe 1989, Teil I, FFB-Schriften Nr. 1, 426 Seiten, ISBN 3-927816-01-9, Lüneburg.

Preis: € 20,- / € 35,- (i. Vb. mit Teil II)

3 FFB-Bücher

Merz, J., D. Hirschel und M. Zwick, 2005, Struktur und Verteilung hoher Einkommen - Mikroanalysen auf der Basis der Einkommensteuerstatistik, Lebenslagen in Deutschland, Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin (<http://www.bmgs.bund.de/download/broschueren/A341.pdf>)

Merz, J. und J. Wagner (Hrg.), 2004, Perspektiven der MittelstandsForschung – Ökonomische Analysen zu Selbständigkeit, Freien Berufen und KMU, Merz, J., Schulte, R. and J. Wagner (Series Eds.), Entrepreneurship, Professions, Small Business Economics, CREPS-Schriftenreihe Vol. 1, 520 Seiten, Lit Verlag, ISBN 3-8258-8179-2, Münster. *Preis: € 39,90*

Merz, J. und M. Zwick (Hrg.), 2004, MIKAS – Mikroanalysen und amtliche Statistik, Statistisches Bundesamt (Serie Editor), Statistik und Wissenschaft, Vol. 1, 318 Seiten, ISBN 3-8246-0725-5, Wiesbaden. *Preis: € 24,80*

Hirschel, D., 2004, Einkommensreichtum und seine Ursachen – Die Bestimmungsfaktoren hoher Arbeitseinkommen, Hochschulschriften Band 82, 416 Seiten, Metropolis -Verlag Marburg, ISBN 3-89518-441-1.

Merz, J., 2001, Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung, Lebenslagen in Deutschland, Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 128 Seiten, Bonn, zu beziehen über: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Südstraße 119, 53175 Bonn.

Ehling, M. und J. Merz u. a., 2001, Zeitbudget in Deutschland – Erfahrungsberichte der Wissenschaft, Band 17 der Schriftenreihe Spektrum Bundesstatistik, 248 Seiten, Metzler-Poeschel Verlag, ISBN 3-8246-0645-3, Stuttgart. *Preis: € 16,-*

Krickhahn, T., 1995, Die Verbände des wirtschaftlichen Mittelstands in Deutschland, 351 Seiten, DUV Deutscher Universitäts Verlag, ISBN 3-8244-0245-9, Wiesbaden. *Preis: € 62,-*

Spahn, P. B., Galler, H. P., Kaiser, H., Kassella, T. und J. Merz, 1992, Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 45,-*

4 FFB-Reprints

Merz, J., Kumulation von Mikrodaten – Konzeptionelle Grundlagen und ein Vorschlag zur Realisierung, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Issue 88, S. 451-472, 2004 **FFB-Reprint Nr. 35**

Merz, J., Einkommens-Reichtum in Deutschland - Mikroanalytische Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Vol. 5, Issue 2, S. 105-126, 2004 **FFB-Reprint Nr. 34**

Merz, J., Vorgrimmler, D. und M. Zwick, Faktisch anonymisiertes Mikrodatenfile der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998, in: Wirtschaft und Statistik, Issue 10, S. 1079-1091, 2004

FFB-Reprint Nr. 33

- Ackermann, D., Merz, J. and H. Stolze, Erfolg und Erfolgsfaktoren freiberuflich tätiger Ärzte – Ergebnisse der FFB-Ärzteumfrage für Niedersachsen, in: Merz, J. and J. Wagner (Eds.), Perspektiven der MittelstandsForschung – Ökonomische Analysen zu Selbständigkeit, Freien Berufen und KMU, Merz, J., Schulte, R. and J. Wagner (Series Eds.), Entrepreneurship, Professions, Small Business Economics, CREPS-Schriftenreihe Vol. 1, Lit Verlag, Münster, pp. 165-190, 2004
FFB-Reprint Nr. 32
- Hirschel, D. und J. Merz, Was erklärt hohe Arbeitseinkommen Selbständiger – Eine Mikroanalyse mit Daten des Sozioökonomischen Panels, in: Merz, J. and J. Wagner (Eds.), Perspektiven der MittelstandsForschung – Ökonomische Analysen zu Selbständigkeit, Freien Berufen und KMU, Merz, J., Schulte, R. and J. Wagner (Series Eds.), Entrepreneurship, Professions, Small Business Economics, CREPS-Schriftenreihe Vol. 1, Lit Verlag, Münster, pp. 265-285, 2004
FFB-Reprint Nr. 31
- Burgert, D. und J. Merz, Wer arbeitet wann? – Arbeitszeitarrangements von Selbständigen und abhängig Beschäftigten: Eine mikroökonomische Analyse deutscher Zeitbudgetdaten, in: Merz, J. and J. Wagner (Eds.), Perspektiven der MittelstandsForschung – Ökonomische Analysen zu Selbständigkeit, Freien Berufen und KMU, Merz, J., Schulte, R. and J. Wagner (Series Eds.), Entrepreneurship, Professions, Small Business Economics, CREPS-Schriftenreihe Vol. 1, Lit Verlag, Münster, pp. 303-330, 2004
FFB-Reprint Nr. 30
- Merz, J. und M. Zwick, Hohe Einkommen – Eine Verteilungsanalyse für Freie Berufe, Unternehmer und abhängige Beschäftigte, in: Merz, J. and M. Zwick (Eds.), MIKAS – Mikroanalysen und amtliche Statistik, Statistik und Wissenschaft, Vol. 1, pp. 167-193, 2004
FFB-Reprint Nr. 29
- Merz, J., Schatz, C. and K. Kortmann, Mikrosimulation mit Verwaltungs- und Befragungsdaten am Beispiel ‚Altersvorsorge in Deutschland 1996‘ (AVID ‚96), in: Merz, J. und M. Zwick (Hg.), MIKAS – Mikroanalysen und amtliche Statistik, Statistik und Wissenschaft, Vol. 1, S. 231-248, 2004
FFB-Reprint Nr. 28
- Merz, J., Was fehlt in der EVS ? – Eine Verteilungsanalyse hoher Einkommen mit der verknüpften Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 223/1, p. 58-90, 2003
FFB-Reprint Nr. 27
- Merz, J. und M. Zwick, Verteilungswirkungen der Steuerreform 2000/2005 im Vergleich zum ‚Karlsruher Entwurf‘ – Auswirkungen auf die Einkommensverteilung bei Selbständigen (Freie Berufe, Unternehmer) und abhängig Beschäftigte, in: Wirtschaft und Statistik, 8/2002, p. 729-740, 2002
FFB-Reprint Nr. 26
- Merz, J., Time Use Research and Time Use Data – Actual Topics and New Frontiers, in: Ehling, M. and J. Merz (Eds.), Neue Technologien in der Umfrageforschung – Anwendungen bei der Erhebung von Zeitverwendung, p. 3-19, 2002
FFB-Reprint Nr. 25
- Merz, J., 2002, Time and Economic Well-Being – A Panel Analysis of Desired versus Actual Working Hours, in: Review of Income and Wealth, Series 48, No. 3, p. 317-346, FFB-Reprint Nr. 24, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-Reprint Nr. 24
- Schatz, Ch., Kortmann, K. und J. Merz, 2002, Künftige Alterseinkommen - Eine Mikrosimulationsstudie zur Entwicklung der Renten und Altersvorsorge in Deutschland (AVID'96), in: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Sciences, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 122. Jahrgang, Heft 2, S. 227-260, FFB-Reprint Nr. 23, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-Reprint Nr. 23
- Merz, J. und M. Zwick, 2001, Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik – Eine methodische Erläuterung zum Gutachten „Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung“ zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: Wirtschaft und Statistik 7/2001, S. 513-523, FFB-Reprint Nr. 22, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-Reprint Nr. 22

- Merz, J., 2001, Was fehlt in der EVS? Eine Verknüpfung mit der Einkommensteuerstatistik für die Verteilungsanalyse hoher Einkommen, in: Becker, I., Ott, N. und G. Rolf (Hrsg.), Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, S. 278-300, Campus Verlag, Frankfurt/New York, FFB-Reprint Nr. 21, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 21**
- Merz, J., 2001, 10 Jahre Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg – Forschungsschwerpunkte und Perspektiven, in: Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 2000/2001, der freie beruf, S. 158-174, Bonn, FFB-Reprint Nr. 20, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 20**
- Merz, J., 2000, The Distribution of Income of Self-employed, Entrepreneurs and Professions as Revealed from Micro Income Tax Statistics in Germany, in: Hauser, R. and I. Becker (eds.), The Personal Distribution of Income in an International Perspective, S. 99-128, Springer Verlag, Heidelberg, FFB-Reprint Nr.19, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 19**
- Merz, J., 1998, Privatisierung, Deregulierung und staatlich gebundene Freie Berufe – Einige ökonomische Aspekte, in: Herrmann, H. und J. Backhaus (Hrsg.), Staatlich gebundene Freiberufe im Wandel, S. 67-114, FFB-Schriften Nr. 9, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, FFB-Reprint Nr. 18, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 18**
- Merz, J., 1997, Die Freien Berufe – Laudatio zur Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereiches Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Lüneburg an Prof. J. F. Volrad Deneke, in: Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1997, der freie beruf, S. 133-151, Bonn, FFB-Reprint Nr. 17, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 17**
- de Kam, C. A., de Haan, J., Giles, C., Manresa, A., Berenguer, E., Calonge, S., Merz, J. and K. Venkatarama, 1996, Who pays the taxes? The Distribution of Effective Tax Burdens in Four EU Countries, in: ec Tax Review, p. 175-188, FFB-Reprint No. 16, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 16**
- Merz, J., 1996, MICSIM – A PC Microsimulation Model for Research and Teaching: A Brief View on its' Concept and Program Developments, SoftStat '95 – Advances in Statistical Software 5, in: Faulbaum, F. and W. Bandilla (eds.), Stuttgart, p. 433-442, FFB-Reprint No. 15, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 15**
- Burkhauser, R. V., Smeeding, T. M. and J. Merz, 1996, Relative Inequality and Poverty in Germany and the United States using Alternative Equivalence Scales, in: Review of Income and Wealth, Series 42, No. 4, p. 381-400, FFB-Reprint No. 14, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 14**
- Merz, J. 1996, Schattenwirtschaft und Arbeitsplatzbeschaffung, in: Sadowski, D. und K. Pull (Hrsg.), Vorschläge jenseits der Lohnpolitik, S. 266-294, Frankfurt/New York, FFB-Reprint Nr. 13, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 13**
- Merz, J., 1996, MICSIM – Concept, Developments and Applications of a PC Microsimulation Model for Research and Teaching, in: Troitzsch, K. G., Mueller, U. Gilbert, G. N. and J. E. Doran (eds.), Social Science Microsimulation, p. 33-65, Berlin/New York, FFB-Reprint No. 12, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 12**
- Merz, J., 1996, Market and Non-Market Labour Supply and the Impact of the Recent German Tax Reform – Incorporating Behavioural Response, in: Harding, A. (ed.), Microsimulation and Public Policy, p. 177-202, Amsterdam/Tokyo, FFB-Reprint No. 11, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 11**

- Merz, J. und R. Lang, 1996, Alles eine Frage der Zeit!? – Bericht über ein FFB-Forschungsprojekt zum Thema 'Zeitverwendung in Erwerbstätigkeit und Haushaltsproduktion – Dynamische Mikroanalysen mit Paneldaten', in: Uni Lüneburg – 50 Jahre Hochschule in Lüneburg, Jubiläums-Sonderausgabe, Heft 19/Mai 1996, S. 51-55, FFB-Reprint Nr. 10, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 10**
- Merz, J. und D. Kirsten, 1996, Freie Berufe im Mikrozensus – Struktur, Einkommen und Einkommensverteilung in den neuen und alten Bundesländern, in: BFB Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1996, S. 40-79, Bonn, FFB-Reprint Nr. 9, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 9**
- Deneke, J. F. V., 1995, Freie Berufe – Gestern, Heute, Morgen, in: BFB Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1995, S. 57-72, Bonn, FFB-Reprint Nr. 8, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 8**
- Merz, J. and J. Faik, 1995, Equivalence Scales Based on Revealed Preference Consumption Expenditures – The Case of Germany, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 214, No. 4, p. 425-447, Stuttgart, FFB-Reprint No. 7, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 7**
- Merz, J., 1993, Statistik und Freie Berufe im Rahmen einer empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung, in: BFB Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1993, S. 31-78, Bonn, FFB-Reprint Nr. 6, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 6**
- Merz, J., 1993, Wandel in den Freien Berufen – Zum Forschungsbeitrag des Forschungsinsituts Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg, in: BFB Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1993, S. 164-173, Bonn, FFB-Reprint Nr. 5, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 5**
- Merz, J. and K. G. Wolff, 1993, The Shadow Economy: Illicit Work and Household Production: A Microanalysis of West Germany, in: Review of Income and Wealth, Vol. 39, No. 2, p. 177-194, FFB-Reprint No. 4, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 4**
- Trautwein, H.-M. und A. Rönnau, 1993, Self-Regulation of the Medical Profession in Germany: A Survey, Faure, in: M., Finsinger, J., Siegers, J. und R. van den Bergh (eds.), Regulation of Profession, p. 249-305, ISBN 90-6215-334-8, MAKLU, Antwerpen, FFB-Reprint No. 3, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 3**
- Herrmann, H., 1993, Regulation of Attorneys in Germany: Legal Framework and Actual Tendencies of Deregulation, in: Faure, M., Finsinger, J., Siegers, J. und R. van den Bergh (eds.), Regulation of Profession, p. 225-245, ISBN 90-6215-334-8, MAKLU, Antwerpen, FFB-Reprint No. 2, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 2**
- Merz, J., 1991, Microsimulation – A Survey of Principles, Developments and Applications, in: International Journal of Forecasting 7, p. 77-104, ISBN 0169-2070-91, North-Holland, Amsterdam, FFB-Reprint Nr. 1, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 1**

5 FFB-Diskussionspapiere, ISSN 0942-2595

- Merz, J. und Paic, P., 2005, Start-up success of freelancers – New microeconomic evidence from the German Socio-Economic Panel. FFB-Diskussionspapier Nr. 56, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 56**
- Merz, J. und Paic, P., 2005, Erfolgsfaktoren freiberuflicher Existenzgründung – Neue mikroökonomische Ergebnisse mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels, FFB-Diskussionspapier Nr. 55, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 55**
- Merz, J. und Stolze, H., 2005, Representative Time Use Data and Calibration of the American Time Use Studies 1965-1999, FFB-Diskussionspapier Nr. 54, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 54**

- Paic, P. und Brand, H., 2005, Die Freien Berufe im Sozio-ökonomischen Panel - Systematische Berichtigung der kritischen Wechsel innerhalb der Selbständigengruppe, FFB-Diskussionspapier Nr. 53, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 53
- Merz, J., und Paic, P., 2005, Zum Einkommen der Freien Berufe – Eine Ordered Probit-Analyse ihrer Determinanten auf Basis der FFB-Onlineumfrage, FFB-Diskussionspapier Nr. 52, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 52
- Burgert, D., 2005, Schwellenwerte im deutschen Kündigungsschutzrecht – Ein Beschäftigungshindernis für kleine Unternehmen?, FFB-Diskussionspapier Nr. 50, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 51
- Merz, J., Böhm P. und Burgert D., 2005, Arbeitszeitarrangements und Einkommensverteilung – Ein Treatment Effects Ansatz der Einkommensschätzung für Unternehmer, Freiberufler und abhängig Beschäftigte, FFB-Diskussionspapier Nr. 50, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 50
- Burgert, D., 2005, The Impact of German Job Protection Legislation on Job Creation in Small Establishments – An Application of the Regression Discontinuity Design, FFB-Diskussionspapier Nr. 49, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 49
- Merz, J. und D. Burgert, 2005, Arbeitszeitarrangements – Neue Ergebnisse aus der nationalen Zeitbudgeterhebung 2001/02 im Zeitvergleich, FFB-Diskussionspapier Nr. 46, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 48
- Merz, J., Böhm, P. und D. Burgert, 2005, Timing, Fragmentation of Work and Income Inequality – An Earnings Treatment Effects Approach, FFB-Diskussionspapier Nr. 47, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 47
- Merz, J. und P. Paic, 2004, Existenzgründungen von Freiberuflern und Unternehmer – Eine Mikroanalyse mit dem Sozio-ökonomischen Panel, FFB-Diskussionspapier Nr. 46, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 46
- Merz, J. und D. Burgert, 2004, Wer arbeitet wann? Arbeitszeitarrangements von Selbständigen und abhängig Beschäftigten – Eine mikroökonomische Analyse deutscher Zeitbudgetdaten, FFB-Diskussionspapier Nr. 45, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 45
- Hirschel, D. und J. Merz, 2004, Was erklärt hohe Arbeitseinkommen der Selbständigen – Eine Mikroanalyse mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels, FFB-Diskussionspapier Nr. 44, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 44
- Ackermann, D., Merz, J. und H. Stolze, 2004, Erfolg und Erfolgsfaktoren freiberuflich tätiger Ärzte – Ergebnisse der FFB-Ärztbefragung für Niedersachsen, FFB-Diskussionspapier Nr. 43, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 43
- Hirschel, D., 2003, Do high incomes reflect individual performance? The determinants of high incomes in Germany, FFB-Diskussionspapier Nr. 42, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 42
- Merz, J., and D. Burgert, 2003, Working Hour Arrangements and Working Hours – A Microeconomic Analysis Based on German Time Diary Data, FFB-Diskussionspapier Nr. 41, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 41
- Merz, J. und M. Zwick, 2002, Hohe Einkommen: Eine Verteilungsanalyse für Freie Berufe, Unternehmer und abhängig Beschäftigte, Eine Mikroanalyse auf der Basis der Einkommensteuerstatistik, FFB-Diskussionspapier Nr. 40, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 40
- Merz, J., and D. Hirschel, 2003, The distribution and re-distribution of income of self-employed as freelancers and entrepreneurs in Europe, FFB-Diskussionspapier Nr. 39, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 39

- Stolze, H. 2002, Datenbankbankgestützte Internetpräsenzen – Entwicklung und Realisation am Beispiel der Homepage des Forschungsinstituts Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg <http://ffb.uni-lueneburg.de>, FFB-Diskussionspapier Nr. 38, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 38**
- Merz, J., 2002, Zur Kumulation von Haushaltsstichproben, FFB-Diskussionspapier Nr. 37, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 37**
- Merz, J., 2002, Reichtum in Deutschland: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Eine Mikroanalyse mit der Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte, FFB-Diskussionspapier Nr. 36, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 36**
- Merz, J. und M. Zwick, 2002, Verteilungswirkungen der Steuerreform 2000/2005 im Vergleich zum „Karlsruher Entwurf“ Auswirkungen auf die Einkommensverteilung bei Selbständigen (Freie Berufe, Unternehmer und abhängig Beschäftigte), FFB-Diskussionspapier Nr. 35, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 35**
- Merz, J., Stolze, H. und M. Zwick, 2002, Professions, entrepreneurs, employees and the new German tax (cut) reform 2000 – A MICSIM microsimulation analysis of distributional impacts, FFB-Diskussionspapier Nr. 34, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 34**
- Forschungsinstitut Freie Berufe, 2002, Freie Berufe im Wandel der Märkte - 10 Jahre Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg, Empfang am 4. November 1999 im Rathaus zu Lüneburg, FFB-Diskussionspapier Nr. 33, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 33**
- Merz, J., 2002, Time Use Research and Time Use Data – Actual Topics and New Frontiers, FFB-Discussion Paper No. 32, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 32**
- Merz, J., 2001, Freie Berufe im Wandel der Arbeitsmärkte, FFB-Diskussionspapier Nr. 31, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 31**
- Merz, J., 2001, Was fehlt in der EVS? Eine Verteilungsanalyse hoher Einkommen mit der verknüpften Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte, FFB-Diskussionspapier Nr. 30, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 30**
- Merz, J., 2001, Informationsfeld Zeitverwendung – Expertise für die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik, FFB-Diskussionspapier Nr. 29, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 29**
- Schatz, C. und J. Merz, 2000, Die Rentenreform in der Diskussion – Ein Mikrosimulationsmodell für die Altersvorsorge in Deutschland (AVID-PTO), FFB-Diskussionspapier Nr. 28, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 28**
- Merz, J., 2000, The Distribution of Income of Self-employed, Entrepreneurs and Professions as Revealed from Micro Income Tax Statistics in Germany, FFB-Discussion Paper No. 27, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 27**
- Merz, J., Loest, O. und A. Simon, 1999, Existenzgründung – Wie werde ich selbständig, wie werde ich Freiberufler? Ein Leitfaden, FFB-Diskussionspapier Nr. 26, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 26**
- Merz, J. und D. Kirsten, 1998, Extended Income Inequality and Poverty Dynamics of Labour Market and Valued Household Activities – A Ten Years Panelanalysis for Professions, Entrepreneurs and Employees in Germany, FFB-Discussion Paper No. 25, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 25**

- Merz, J., Quiel, T., und K. Venkatarama, 1998, Wer bezahlt die Steuern? – Eine Untersuchung der Steuerbelastung und der Einkommenssituation für Freie und andere Berufe, FFB-Diskussionspapier Nr. 24, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 24**
- Merz, J. und R. Lang, 1997, Preferred vs. Actual Working Hours – A Ten Paneleconometric Analysis for Professions, Entrepreneurs and Employees in Germany, FFB-Discussion Paper No. 23, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 23**
- Merz, J., 1997, Privatisierung und Deregulierung und Freie und staatlich gebundene Freie Berufe – Einige ökonomische Aspekte, FFB-Diskussionspapier Nr. 22, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 22**
- de Kam, C. A., de Haan, J., Giles, C., Manresa, A., Berenguer, E., Calonge, S., Merz, J. and K. Venkatarama, 1996, The Distribution of Effetive Tax Burdens in Four EU Countries, FFB-Discussion Paper No. 21, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 21**
- Deneke, J. F. V., 1996, Freie Berufe und Mittelstand – Festrede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde, FFB-Diskussionspapier Nr. 20, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 20**
- Merz, J., 1996, Die Freien Berufe – Laudatio zur Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereiches Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Lüneburg an Prof. J. F. Volrad Deneke, FFB-Diskussionspapier Nr. 19, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 19**
- de Kam, C. A., de Haan, J., Giles, C., Manresa, A., Berenguer, E., Calonge, S. and J. Merz, 1996, Who pays the taxes?, FFB-Discussion Paper No. 18, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 18**
- Merz, J., 1996, Schattenwirtschaft und ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt, FFB-Diskussionspapier Nr. 17, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 17**
- Merz, J. und D. Kirsten, 1995, Freie Berufe im Mikrozensus II – Einkommen und Einkommensverteilung anhand der ersten Ergebnisse für die neuen und alten Bundesländer 1991, FFB-Diskussionspapier Nr. 16, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 16**
- Merz, J. und D. Kirsten, 1995, Freie Berufe im Mikrozensus I – Struktur und quantitative Bedeutung anhand der ersten Ergebnisse für die neuen und alten Bundesländer 1991, FFB-Diskussionspapier Nr. 15, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 15**
- Merz, J., 1995, MICSIM – Concept, Developments and Applications of a PC-Microsimulation Model for Research and Teaching, FFB-Discussion Paper No. 14, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 14**
- Rönnau, A., 1995, Freie Berufe in der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und im wiedervereinten Deutschland: Auswertungen von Berufstätigenerhebung und Arbeitsstättenzählung, FFB-Diskussionspapier Nr. 13, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 13**
- Burkhauser, R. V., Smeeding, T. M. and J. Merz, 1994, Relative Inequality and Poverty in Germany and the United States Using Alternative Equivalence Scales, FFB-Discussion Paper No. 12, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 12**
- Widmaier, U., Niggemann, H. and J. Merz, 1994, What makes the Difference between Unsuccessful and Successful Firms in the German Mechanical Engineering Industry? A Microsimulation Approach Using Data from the NIFA-Panel, FFB-Discussion Paper No. 11, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 11**

- Merz, J., 1994, Microdata Adjustment by the Minimum Information Loss Principle, FFB-Discussion Paper No. 10, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 10
- Merz, J., 1994, Microsimulation – A Survey of Methods and Applications for Analyzing Economic and Social Policy, FFB-Discussion Paper No. 9, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 9
- Merz, J., Garner, T., Smeeding, T. M., Faik, J. and D. Johnson, 1994, Two Scales, One Methodology – Expenditure Based Equivalence Scales for the United States and Germany, FFB-Discussion Paper No. 8, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 8
- Krickhahn, T., 1993, Lobbyismus und Mittelstand: Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands in der Bundesrepublik Deutschland, FFB-Diskussionspapier Nr. 7, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 7
- Merz, J., 1993, Market and Non-Market Labor Supply and Recent German Tax Reform Impacts – Behavioral Response in a Combined Dynamic and Static Microsimulation Model, FFB-Discussion Paper No. 6, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 6
- Merz, J., 1993, Microsimulation as an Instrument to Evaluate Economic and Social Programmes, FFB-Discussion Paper No. 5, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 5
- Merz, J., 1993, Statistik und Freie Berufe im Rahmen einer empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung, Antrittsvorlesung im Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Lüneburg, FFB-Diskussionspapier Nr. 4, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 4
- Merz, J. and J. Faik, 1992, Equivalence Scales Based on Revealed Preference Consumption Expenditure Microdata – The Case of West Germany, FFB-Discussion Paper No. 3, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 3
- Merz, J., 1992, Time Use Dynamics in Paid Work and Household Activities of Married Women – A Panel Analysis with Household Information and Regional Labour Demand, FFB-Discussion Paper No. 2, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 2
- Forschungsinstitut Freie Berufe, 1992, Festliche Einweihung des Forschungsinstituts Freie Berufe am 16. Dezember 1991 im Rathaus zu Lüneburg, FFB-Diskussionspapier Nr. 1, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-DP Nr. 1

6 FFB-Dokumentationen, ISSN 1615-0376

- Merz, J. und P. Paic, 2005, Die FFB-Onlineumfrage Freie Berufe – Beschreibung und Hochrechnung, FFB-Dokumentation Nr. 12, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-Dok. Nr. 12
- Stolze, H., 2004, Der FFB-Server mit Microsoft Windows Server 2003, FFB-Dokumentation Nr. 11, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-Dok. Nr. 11
- Stolze, H., 2004, Zur Repräsentativität der FFB-Ärzteumfrage – Neue Hochrechnungen für Niedersachsen, Nordrhein und Deutschland, FFB-Dokumentation Nr. 10, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.
FFB-Dok. Nr. 10
- Merz, J., Stolze, H. und S. Imme, 2001, ADJUST FOR WINDOWS – A Program Package to Adjust Microdata by the Minimum Information Loss Principle, Program-Manual, FFB-Dokumentation No. 9, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.
FFB-Dok. Nr. 9

- Merz, J., Fink, F., Plönnigs, F. und T. Seewald, 1999, Forschungsnetz Zeitverwendung – Research Network on Time Use (RNTU), FFB-Dokumentation Nr. 8, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 8**
- Merz, J., 1997, Zeitverwendung in Erwerbstätigkeit und Haushaltsproduktion – Dynamische Mikroanalysen mit Paneldaten, DFG-Endbericht, FFB-Dokumentation Nr. 7, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 7**
- Merz, J. und F. Plönnigs, 1997, DISTRI/MICSIM – A Softwaretool for Microsimulation Models and Analyses of Distribution, FFB-Dokumentation No. 6, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 6**
- Merz, J. und R. Lang, 1997, Neue Hochrechnung der Freien Berufe und Selbständigen im Sozio-ökonomischen Panel, FFB-Dokumentation Nr. 5, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 5**
- Merz, J. und F. Plönnigs, 1995, Forschungsinstitut Freie Berufe – Datenschutz und Datensicherung, FFB-Dokumentation Nr. 4, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 4**
- Merz, J., Hecker, M., Matusall, V. und H. Wiese, 1994, Forschungsinstitut Freie Berufe – EDV-Handbuch, FFB-Dokumentation Nr. 3, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 3**
- Merz, J., 1993, Zeitverwendung in Erwerbstätigkeit und Haushaltsproduktion – Dynamische Mikroanalysen mit Paneldaten, DFG-Zwischenbericht für die erste Phase (1992-1993), FFB-Dokumentation Nr. 2, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 2**
- Merz, J. 1993, ADJUST – Ein Programmpaket zur Hochrechnung von Mikrodaten nach dem Prinzip des minimalen Informationsverlustes, Programm-Handbuch, FFB-Dokumentation Nr. 1, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 1**
- Available also in English as:
- Merz, J., 1994, ADJUST – A Program Package to Adjust Microdata by the Minimum Information Loss Principle, Program-Manual, FFB-Dokumentation No. 1e, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 1e**

7 Sonstige Arbeitsberichte, ISSN 0175-7275

- Matusall, V., Kremers, H. und G. Behling, 1992, Umweltdatenbanken – vom Konzept zum Schema, Arbeitsbericht Nr. 112, Universität Lüneburg, Lüneburg. Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 6,-*
- Rönnau, A., 1989, Freie Berufe in Niedersachsen – Numerische und wirtschaftliche Entwicklung; Bedeutung als Arbeitgeber, Arbeitsbericht Nr. 60, Universität Lüneburg, Lüneburg. Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag Berlin, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 6,-*
- Sahner, H., 1989, Freie Berufe im Wandel, Arbeitsbericht Nr. 59, Universität Lüneburg, Lüneburg. Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 6,-*
- Sahner, H., 1988, Die Interessenverbände in der Bundesrepublik Deutschland – Ein Klassifikationssystem zu ihrer Erfassung, Arbeitsbericht Nr. 41, Universität Lüneburg, Lüneburg. Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 6,-*